

V-83 Für Klimagerechtigkeit - für ein gutes Leben für alle!

Antragsteller*in: Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Die Klimakrise und die ökologische Krise aufzuhalten, ist eine der zentralsten
2 Herausforderungen unserer Zeit. Gleichzeitig müssen wir beobachten, dass der
3 gesellschaftliche Rückhalt dafür schwindet. Dieser Realität wollen wir uns
4 stellen. Das bedeutet aber nicht, Klima-, Natur- und Umweltschutz nicht mehr zu
5 thematisieren, sondern es bedeutet, dass wir die politische Kraft sein müssen,
6 die für Klimagerechtigkeit eine neue Dynamik entfacht.
- 7 Gerechtigkeitsfragen sind beim Klimaschutz zu oft in den Hintergrund gerückt. So
8 ist eine Verunsicherung entstanden, ob der Klimaschutz auf individueller Ebene
9 zu finanziellen Einschränkungen und Jobverlust führt. Diese Sorgen nehmen wir
10 sehr ernst. Klimaschutz geht nicht ohne Gerechtigkeit und gleichzeitig ist die
11 strukturelle Ungerechtigkeit in diesem Land ein Hindernis, um Klimaschutz
12 konsequent umzusetzen.
- 13 Vulnerable Bevölkerungsgruppen sind am stärksten betroffen
- 14 Die Auswirkungen der Klimakrise sind an sich ungerecht, da sie vermögende
15 Menschen weniger hart trifft. Die Klimakrise verstärkt die bestehende
16 strukturelle Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Natürlich tragen so
17 Maßnahmen für Klimaschutz an sich schon zur Gerechtigkeit bei. Aber allein bei
18 dieser Feststellung können wir nicht stehen bleiben. Auch Maßnahmen zum
19 Klimaschutz müssen so gestaltet werden, dass sie zur sozialen Gerechtigkeit
20 beitragen, um mehr Menschen hinter dem Ziel des Klimaschutzes zu vereinen.
- 21 In Deutschland, Europa und global sind Menschen, die nicht zu den finanziell
22 Vermögenden gehören, stärker von den Folgen der Klimakrise betroffen und
23 gleichzeitig sind sie jene, die die Klimakrise am wenigsten verursacht haben.
24 Die Klimakrise bringt auch eine Verstärkung von Geschlechterungerechtigkeit:
25 Frauen sind anders betroffen als Männer, da sie strukturell weniger Zugang zu
26 politischen Entscheidungsstrukturen, Bildung, Arbeit und Landbesitz haben.
27 Kinder und Jugendliche haben keine Chance, selbst zu wählen, in welcher Welt sie
28 groß werden - aber 1 Milliarde Kinder sind bereits laut UNICEF von der
29 Klimakrise extrem stark gefährdet. Die Schäden der Klimakrise für spätere
30 Generationen sind viel höher als die Investitionen, die unsere Generation
31 leisten muss.
- 32 Desinformationen keine Chance geben
- 33 In den letzten Jahren erleben wir in Deutschland wieder verstärkt die Leugnung
34 der menschengemachten Klimakrise, eng verknüpft mit dem aktuellen Rechtsruck.
35 Populisten schüren Ängste vor sozialem Abstieg, um unsere Gesellschaft mit einem
36 Anti-Klima-Narrativ zu spalten. Die über rechte Medien und Social-Media-Accounts
37 geführten Desinformationskampagnen zielen darauf ab, wissenschaftsbasierte
38 Politik als „Klima-Sekte“ zu diffamieren und Maßnahmen gegen die Klimakrise als
39 „Klimadiktatur“. Auch Menschen aus der Klimawissenschaft werden für ihre Arbeit

40 angegriffen. Dies ist kein Zufall. Dahinter steht der enge Austausch zum einen
41 mit der rechten und fossil finanzierten Klimaleugnerszene der USA und zum
42 anderen die enge Verbundenheit mit der russischen Regierung und dem Versuch, in
43 Europa, besonders auch in Deutschland, einer progressiven grünen Politik
44 insgesamt zu schaden. Dieser Realität der rechten Angriffe müssen wir uns
45 stellen und mit unserer Politik für Klimagerechtigkeit in die Offensive gehen.

46 Mit gerechtem Klimaschutz ein gutes Leben für alle aufbauen

47 Klimaschutz ist zu viel auf den individuellen Beitrag von einzelnen reduziert
48 worden. Die Aussage von Verkehrsminister Wissing, für die fehlende
49 Emissionsminderung im Verkehrssektor seien die Menschen verantwortlich, die zu
50 viel Auto fahren, ist Beispiel dafür. Dabei liegt es in seiner Verantwortung,
51 durch politische Weichenstellungen hin zu öffentlichem Verkehr und
52 Elektromobilität Emissionssenkungen zu ermöglichen! Auch andere große,
53 strukturelle Veränderungen, wie zum Beispiel die Herstellung von klimaneutralem
54 Stahl, liegen überhaupt nicht in der Hand von Individuen. Und der
55 Handlungsspielraum von Einzelnen wird unweigerlich kleiner, wenn essenzielle
56 Dinge des Alltags nicht gut funktionieren. Wenn kein Bus fährt, wenn die Bahn zu
57 spät kommt, wenn das Stromnetz nicht gut ausgebaut ist oder es keinen Anschluss
58 für ein Nahwärmenetz gibt, wird den Bürger*innen nicht nur das Leben schwer
59 gemacht, es wird fast unmöglich klimabewusst zu handeln.

60 Fehlende und zu geringe Investitionen in die Infrastruktur schwächen die
61 Daseinsvorsorge der Gesellschaft für den Einzelnen. Diese Investitionen sind
62 mehr als überfällig und müssen in die gleiche Richtung zielen wie der
63 Klimaschutz: Das Ermöglichen einer guten Lebensführung, ohne dass dabei der
64 Planet zugrunde gerichtet wird. Unsere Grüne Daseinsvorsorge zielt darauf ab,
65 dass man einer alleinerziehenden Mutter von zwei Kindern mit eineinhalb Jobs
66 nicht auch noch den Stress auflädt, sich um den Klimaschutz zu kümmern, sondern
67 eine Infrastruktur schafft, die das Leben und den Erhalt unserer
68 Lebensgrundlagen erleichtert. Das gilt für Klimaschutz ebenso wie für Natur- und
69 Umweltschutz: Die nachhaltige Wahl sollte die einfachste und kostengünstigste
70 sein. Denn die Kosten für insbesondere die Reinigung verseuchten Grundwassers
71 oder die Renaturierung zerstörter Ökosysteme, für ausfallende Ernten oder
72 Krankheitskosten durch Luftverschmutzung tragen wir alle.

73 Konkret bedeutet es, dass bezahlbare Busse, Bahnen und Ruftaxis klimaneutral und
74 pünktlich auf dem Land und in der Stadt fahren. Es bedeutet, dass Wärmenetze so
75 ausgebaut werden, dass für Mietende die Heizkostenabrechnungen bewältigbar sind.
76 Es bedeutet saubere Luft und erreichbare grüne Inseln zur Naherholung und ein
77 leistungsfähiges Stromnetz, sodass die günstigen Preise für Erneuerbare Energien
78 auch in Mietshäusern ankommen.

79 Klimaschutz muss, wie andere Aspekte der Daseinsvorsorge, zur kommunalen
80 Pflichtaufgabe werden. Dadurch wird der Klimaschutz in den Kommunen dauerhaft
81 finanziert. Maßnahmen der kommunalen Energie-, Verkehrs- und Wärmewende müssen
82 nicht mehr primär durch Einsparungen an anderer Stelle im kommunalen Haushalt
83 oder unsichere Förderprogramme finanziert werden.

84 Der Preisvorteil der Erneuerbaren Energien und die gestiegenen Kosten für CO₂
85 bringen gerade reiche Haushalte dazu, in E-Autos, Wärmepumpen und Solaranlagen
86 zu investieren. Dadurch fällt für sie die Mehrbelastung eines hohen CO₂-Preises
87 weg. Menschen, die sich solche Investitionen nicht leisten können, können sich

88 auch den CO₂-Preis nicht leisten. Gerade deshalb brauchen wir schnell ein sozial
89 gestaffeltes Klimageld.

90 Parallel ist es unsere Aufgabe, eine Politik der sozialen Gerechtigkeit
91 fortzuführen. Gezielte Klima-Förderprogramme für vulnerable Bevölkerungsgruppen
92 zu entwickeln, eine solidarische und sozial gerechte Gesellschaft, gute und
93 gerechte Löhne und eine Umkehr der immer stärker entstehenden Kluft zwischen Arm
94 und Reich, ist eine Grundbedingung, damit wir Klimaschutz umsetzen können. Die
95 Transformationsprozesse in der Wirtschaft bedeuten für viele Angestellte Angst
96 um den Arbeitsplatz, mit einer Garantie durch Um- und Weiterbildungen weiterhin
97 Arbeit zu haben, wollen wir diese Ängste nehmen. Der gesellschaftliche
98 Zusammenhalt muss auch durch soziale Klimamaßnahmen gestärkt werden, um auf die
99 bereits eintreffenden existenziellen Auswirkungen der Klimakrise solidarisch zu
100 reagieren.

101 Mit Erneuerbaren gerechten Wohlstand schaffen

102 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist ein großer Erfolg dieser Regierung. Wir
103 müssen jetzt die Instrumente schaffen, dass die günstigen Stromkosten bei den
104 Menschen ankommen. Große Unternehmen können sich mit sogenannten Power-Purchase-
105 Agreements schon jetzt die Vorteile sichern, das muss auch für Bürger*innen
106 möglich werden.

107 Durch die soziale Nutzung von Energy-Sharing können gerade Menschen, die unter
108 Energiearmut leiden, unterstützt werden. Wenn Gemeinden große Solaranlagen auf
109 Schulen, Sporthallen oder Rathäusern installieren, sollen Menschen, die von
110 Energiearmut betroffen sind, mit günstigem Strom versorgen. Wenn Flächen für den
111 Bau von Windkraftanlagen ausgeschrieben werden, soll die günstige Weitergabe
112 eines Teils der Stromproduktion an Haushalte in der Nähe zur Bedingung gemacht
113 werden.

114 Eine erfolgreiche gerechte Erneuerbare Energiewende lebt von Teilhabe und
115 Demokratisierung. Deshalb spielen Bürgerenergiegenossenschaften eine zentrale
116 Rolle, um eine demokratische Teilhabe von Bürger*innen direkt an der
117 Energiewende zu ermöglichen und so die Akzeptanz der Bevölkerung zu erhöhen. Im
118 Umbau unserer Energie- und Wärmeversorgung spielen die Stadtwerke eine zentrale
119 Rolle. Bei diesen wollen wir eine Demokratisierung von Entscheidungsprozessen
120 und Kontrolle stärken, indem mehr partizipative Möglichkeiten für Bürger*innen
121 geschaffen werden, um ihre Ideen und Bedürfnisse einzubringen.

122 „Polluters-Pay“ - Die Kosten der Klimakrise müssen die Verschmutzer zahlen

123 Die Verursacher der Klimakrise müssen wieder in den Mittelpunkt gerückt werden.
124 Die Kosten der Klimakrise steigen ins Unermessliche und werden von der
125 Allgemeinheit getragen, während die Gewinne privatisiert werden. Das ist ein
126 zentraler Fehlanreiz, der fossile Geschäftsmodelle am Laufen hält. Statt den
127 Ausstieg aus den Fossilen zu planen, wie es die Weltgemeinschaft in Dubai
128 beschlossen hat, wollen Konzerne wie TotalEnergies, Shell, Wintershall neue Öl-
129 und Gasfelder erschließen. Sie haben in den letzten Jahren Milliardengewinne im
130 fossilen Geschäft mit Öl, Gas und Kohle verzeichnet. Diese zentrale
131 Ungerechtigkeit müssen wir angehen.

132 Die fossile und CO₂-intensive Industrie, die die Klimakrise verursacht, muss für
133 die Schäden bezahlen. Dazu muss eine Übergewinnsteuer für die fossile Industrie
134 eingeführt und eine Klima-Anpassungsabgabe für Börsengeschäfte mit fossilen

135 Anlagen. Im BundesBergGesetz, das die Entnahme von Öl, Gas und Kohle aus der
136 Erde in Deutschland regelt, wollen wir eine Extraktionsabgabe direkt bei der
137 Gewinnung fossiler Brennstoffe etablieren. Es gibt auch in Deutschland viele
138 Möglichkeiten, die Verschmutzer in die Verantwortung zu nehmen. Diese Maßnahmen
139 sind notwendig, damit zumindest die Anpassung an die Klimakrise nicht von der
140 Allgemeinheit finanziert wird, sondern von den Verursachern.

141 Die Gewinne der fossilen Industrie müssen auch international zur Finanzierung
142 des Klimaschutzes beitragen. Dazu ist die Etablierung einer Abgabe auf den Abbau
143 und die Förderung von Öl, Gas und Kohle ein notwendiges Instrument. Die Mittel
144 sollen genutzt werden, um Schäden und Verluste durch die Klimakrise global
145 bereitzustellen, beispielsweise über den "Fonds for responding to Loss and
146 Damage (FRLD)". Auf der nächsten Weltklimakonferenz wird ein neues
147 Klimafinanzierungsziel verhandelt, dieses sowie Maßnahmen zur Entschuldungen von
148 Staaten und Reformierung von Entwicklungsbanken, müssen sich nach den realen
149 globalen Finanzbedarfen an Investitionen in Klimaschutz und Resilienz sowie den
150 Bedarfen mit Blick auf Verlust und Zerstörung durch die Klimakrise richten.

151 Eine weitere Maßnahme, die wir dem Beispiel des US-Bundesstaates Vermont folgend
152 umsetzen möchten, ist ein Gesetz, das fossile Konzerne in die finanzielle
153 Verantwortung nimmt, die Kosten der Klimaschäden mitzuübernehmen. Nach dem
154 Verursacherprinzip soll ermittelt werden, welche fossilen Konzerne in besonders
155 hohem Maße für Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Genau wird berechnet,
156 zu welchem Prozentsatz ein fossiles Unternehmen mit seinen
157 Treibhausgasemissionen zu Klimaschäden im Land beigetragen hat. Die gewonnenen
158 Gelder sollen verwendet werden, um die Klimafolgen für die Bevölkerung
159 abzumildern, sowie um in Klimaresilienz und Klimaschutz zu investieren.

160 Fossilen Subventionen sind unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nicht zu
161 rechtfertigen, sie verschärfen die Klimakrise und helfen den Verschmutzern.
162 Deshalb bleibt hier der Handlungsdruck hoch. Wir plädieren zum Beispiel für die
163 Reform des Dienstwagenprivilegs, einer unsozialen Subvention, die vor allem
164 Gutverdienern das private Fahren von großen, teuren Sprintschluckern vergünstigt.
165 Wir wollen es so reformieren, dass Handwerker und Landärztinnen, Bauunternehmen
166 und Außendienst weiterhin Dienstfahrzeuge geltend machen können, die steuerliche
167 Absetzbarkeit aber gedeckelt und vom auch vom CO₂-Ausstoß des Autos abhängig
168 gemacht wird.

169 Das Social Leasing-Modell ist eine sinnvolle Maßnahme, mit der
170 klimafreundlichere Mobilität auch für kleinere Geldbeutel erschwinglich wird.
171 Dabei unterstützt der Staat, dass günstige Elektroautos schon ab 100 Euro im
172 Monat geleast werden können und damit nicht nur für Reiche leistbar sind.
173 Staatliche Förderung von Klimaschutzmaßnahmen muss auf soziale Gerechtigkeit
174 ausgelegt sein. Für lebensverlängernde Maßnahmen für Kohle, Öl und Gas, wie es
175 die CCS-Technologie fast überall ist, gibt es keinen Platz. Sie bremsen den
176 Ausbau der günstigen Erneuerbaren Energien und sind eine Fehlinvestition von
177 Steuergeld.

178 Wir wollen eine gerechte Umverteilung. Die Verursacher der Klimakrise zahlen mit
179 ihren Gewinnen für Schäden sowie den Aufbau einer Gesellschaft, Umwelt und
180 Wirtschaft, die ein gutes Leben für alle Menschen garantiert.

181 Fossile Rohstoffe im Boden lassen - Klimakatastrophe abwenden

182 Auf der Weltklimakonferenz hat die Weltgemeinschaft ihre Abkehr von Fossilen
183 beschlossen. Dies gilt es nun umzusetzen, mit globaler, bi- und multilateraler
184 Zusammenarbeit und der Entwicklung eines bindenden Abkommens zum Ausstieg aus
185 den Fossilen. Aktuelle Finanzierung und Aufbau neuer fossiler Infrastruktur
186 sowie die Neuerschließung von fossilen Lagerstätten widersprechen der „Abkehr
187 von Fossilen“. Dies gilt beispielsweise für die von TotalEnergies durchgeführte
188 Erschließung der Ölvorkommen am Albert See in Uganda oder die Erschließung neuer
189 Gasfelder durch den Konzern One-Dyas vor der Nordseeinsel Borkum. Es darf zu
190 keiner Neuerschließung fossiler Lagerstätten kommen, da sie dem dringenden
191 Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle entgegenstehen. In Deutschland müssen wir hierfür
192 unsere Gesetze modernisieren. Das BundesBergGesetz bedarf einer dringenden
193 Reformierung mit dem Ziel, Neuerschließungen aufgrund ihrer negativen
194 Klimawirksamkeit zu untersagen und aktuelle Förderungen an die Einhaltung der
195 deutschen Klimaziele anzupassen.

196 Doch über dem Kampf gegen die Klimakrise und dem Bemühen, unser Leben und unsere
197 Infrastruktur an die Folgen der Erderhitzung anzupassen dürfen wir die anderen
198 großen ökologischen Krisen nicht vergessen. Am kritischsten ist der Verlust der
199 Biodiversität. Die Forscherinnen und Forscher haben auch die Ursachen des
200 Artensterbens klar benannt: intensive Landwirtschaft, Versiegelung, Schadstoffe,
201 invasive Arten. Wenn die Bodenfruchtbarkeit beispielsweise immer weiter zurück
202 geht, werden Lebensmittel unausweichlich teurer. Deshalb ist Naturschutz eine
203 zutiefst soziale Aufgabe.

204 Die dritte große ökologische Krise wird vergleichsweise harmlos mit
205 „Umweltverschmutzung“ umschrieben. Dabei handelt es sich um den massiven Eintrag
206 menschengemachter Substanzen in unsere Umwelt. Mikroplastik findet sich an den
207 Polen und in der Tiefsee, in unserer Atemluft und unseren Blutgefäßen. Der
208 Verkehr verursacht noch immer so viele gesundheitsschädliche Schadstoffe, dass
209 die empfohlenen Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation auch auf mittlere
210 Sicht kaum einzuhalten sind. Unsere derzeitige Industrieproduktion und die
211 intensive Landwirtschaft sind elementar mit der Freisetzung teils giftiger,
212 krebserzeugender oder extrem langlebiger Chemikalien verbunden. Diesen
213 Chemikalien sind wir alle ausgesetzt, aber die am stärksten belasteten Straßen,
214 Städte und Regionen werden in der Regel von ärmeren Menschen bewohnt. Arbeiten,
215 bei denen man gefährlichen Substanzen ausgesetzt ist, werden in der Regel auch
216 nicht von wohlhabenden Menschen durchgeführt. Das sind auch diejenigen, die sich
217 die effektive Behandlung gesundheitlicher Folgen am wenigsten leisten können.
218 Deshalb ist auch Umweltschutz eine zutiefst soziale Aufgabe.

219 Es ist die Aufgabe unserer Partei, einen neuen Rückhalt für Umwelt-, Natur und
220 Klimagerechtigkeit zu erzeugen. Das gelingt nur, wenn wir diese Themen mit der
221 sozialen Gerechtigkeit zusammen denken. Dafür muss auch eine neue Dynamik in der
222 Gesellschaft selbst entstehen. Diese können wir nicht allein entfachen, das
223 geht, wenn wir zusammen mit der Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften, mit
224 unseren Verbündeten in den Verbänden und vor Ort, mit den Kirchen, mit
225 Handwerker*innen für die Umsetzung der Energiewende und mit den progressiven
226 Unternehmen uns koordinieren und an einem Strang ziehen. Klimagerechtigkeit ist
227 kein Thema für die Nische, sondern das bestimmende Thema unserer Zeit.

228 Aktuell sind wir bereits dabei, die 1,5-Grad-Grenze des Anstiegs der globalen
229 Durchschnittstemperatur zu überschreiten und damit die Wahrscheinlichkeit der
230 Überschreitung von Kippunkten unseres globalen Klimasystems. Die Zeit, in der

- 231 wir noch die Möglichkeit haben, eine Zukunft ohne Klimakatastrophe aufzubauen,
232 läuft uns davon. Jetzt kommt es auf uns an!

weitere Antragsteller*innen

Michael Bloss (KV Stuttgart); Tim Bühler (KV Stuttgart); Philipp Bruck (KV Bremen Links der Weser (LdW)); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Ska Keller (KV Potsdam-Mittelmark); Daniela Wannemacher (KV Berlin-Neukölln); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Katharina Meixner (KV Frankfurt); Moritz Fritz (KV Emmendingen); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Alexander Rodatos (KV Bamberg-Stadt); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Lisa-Maria Weigert (KV Reutlingen); sowie 99 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.